

Der Gesellschafter.

Amis- und Anzeige-Blatt für den Oberamts-Bezirk Nagold.
83. Jahrgang.

Nr. 84

Freitag, den 11. April

1919.

Die Deutsche Nationalversammlung.

Weimar, 9. April. Präsident Fehrenbach eröffnete die Sitzung um 3.15 Uhr nachmittags. Tagesordnung: Erste Beratung des Etats für 1919.

Finanzminister Schiffer: Es ist eine undankbare Aufgabe, in dieser Zeit großer politischer Ereignisse und aufregender Vorgänge die Aufmerksamkeit auf das trockene Gebiet der Zahlen zu lenken. Es kann aber keine Politik geleitet werden, die nicht auf metallischer Grundlage ruht. Der Etat, den ich Ihnen vorlege, ist der erste Schritt zum Friedensetat, auch insofern, als der wesentliche Teil des außerordentlichen Etats auf Schätzungen beruht. Daß ich für diese Schätzungen mit Rücksicht auf die Unsicherheit der Grundlagen eine Verantwortung vorläufig nicht übernehmen kann, liegt auf der Hand. Die Ausgaben für Militär, Marine und Schutzgebiete müßten einstweilen noch auf den außerordentlichen Etat übernommen werden. Die Summe der Schatzanweisungen ist seit dem 31. 1. 1919 von 58,3 auf 63,7 Milliarden gestiegen. Die Ausgaben für Heer und Marine, die im Januar noch 3,5 Milliarden betragen, sind im Februar auf 2,7 und im März auf 2 Milliarden zurückgegangen. Der Etat balanciert mit rund 13 Milliarden. Der Fehlbetrag beträgt nicht weniger als 7,5 Milliarden. Dabei ist dieser Etat nur ein Übergangsetat zu noch schlimmeren Zuständen, denn in ihm sind noch nicht enthalten die Entschädigungen, die wir an die Entente zahlen müssen, und auch nicht die Kosten, die wir durch die von uns gewünschte Vereinigung mit Deutsch-Oesterreich auf uns nehmen müssen. Der allgemeine Bestandsfonds ist mit 1,1 Milliarde veranschlagt. Wir werden aber zu einem Bestandsfonds von 4,1 Milliarden kommen. Die Denkschrift über die Entwicklung der Reichsfinanzen in der Kriegszeit hat in der Öffentlichkeit viel zu wenig Beachtung gefunden. Sie zeigt uns den ganzen Ernst der Lage. Die Forderungen der Kriegsjahre haben wir nicht gedeckt durch Defizitloshalten, sondern aus dem Erlösen der Kriegsteuer, die an sich nicht dazu, sondern zur Abtragung der Kriegsschuld bestimmt waren. Die Steigerung der Ausgaben ist natürlich auch durch die allgemeine Wertverminderung des Geldes veranlaßt. Um so mehr müssen wir das Gebot der Sparpolitik beherzigen. Der allgem. Bestandsfonds ist das Ziel aller Ausgaben vom Parlament viel härter gewesen, als von der Regierung. Das wirtschaftliche Verhältnis wäre aber, daß die Volkswirtschaftler den Daumen auf den Brezel halten. Eine Revision des Beamtenbesoldungsgesetzes ist in Vorbereitung. Wir haben deshalb 1,6 Milliarden für Lohnerhöhungen an Beamte eingelegt. Wir konnten diese Hilfe den Beamten um so weniger verlagern, als wir gerade in dem wichtigsten

und unbestechlichen, arbeitsamen und genügsamen deutschen Beamtentum ein köstliches Erbe aus der Vergangenheit haben. (Lebhafte Zustimmung) Es erhebt sich die Frage, wie wir bei einem Anhalten der Preissteigerungen die berechtigten Wünsche der Beamten befriedigen können, ohne in Widerspruch mit unseren Finanzen zu kommen. Da gibt es nur ein Mittel: die Herabsetzung der Zahl der Beamten und Behörden. Auf der andern Seite wird es die Sozialisierung mit sich bringen, daß wir die Zahl der Beamten erheblich vermehren müssen. Da muß ein offenes Wort gesprochen werden. Auch dem Beamtentum sind Grenzen gezogen, die nicht überschritten werden können, wenn nicht die Allgemeinheit Schaden leiden soll. Dinge, die nur einmal dem freien Berufen überlassen sind, können auch von den tüchtigsten Durchschnittsbeamten nicht übernommen werden. Die Gefahr einer solchen Bürokratisierung droht ebenfalls auch auf dem Gebiet der Presse. Wir haben im Auswärtigen Amt 2 Posten für den Pressedienst eingelegt, und wir wollen damit nur alte Verhältnisse gut machen, aber das Uebermaß an Presseorganisation, an dem wir gegenwärtig in der Verwaltung leiden, muß freilich auch abgebaut werden. Wenn aus Reichsmitteln Propaganda für einzelne Parteien getrieben wird, so muß ich das namens der ganzen Regierung als durchaus inabemwert bezeichnen. Gegen solche Mißbräuche muß mit Entschiedenheit vorgegangen.

Der Etat enthält auch eine Postion zur Durchführung der Maßnahmen gegen die Kapitalabwanderung nach dem Ausland, denn die Zustände, die auf diesem Gebiet sich herausgebildet haben, sind so able, daß noch viel strengere Maßnahmen nötig sind.

Im Mittelpunkt des Etats stehen die Steuern, die mit einem Gesamttrag von 7 Milliarden eingelegt sind. Es ist allerdings, wie in mir soziseht zugehenden Vorschlägen geraten wird, nicht möglich, den Reichsfinanzen durch Erhöhung öffentlicher Spielhöhlen aufzuhelfen. Meine Absicht, Ihnen alle steuerlichen Maßnahmen auf einmal vorzulegen, ist sich als nicht durchführbar erwiesen. Auf das Einkommen mit den Einzelstaaten auf diesem Gebiet lege ich den allergrößten Wert und habe diesem Gedanken zum Beispiel in dem Abkommen über das württembergische Biersteuerreferat auch bereits Opfer gebracht. Hier entsteht nun die Frage, ob unser Volk die gewaltigen Steuerlasten überhaupt wird tragen können. Ich bin fest überzeugt, daß unser Volk dazu in der Lage ist, wenn diese Steuerlast vermindert ist mit einer Senkung der Preise. Wenn diese Senkung nicht erfolgt, dann wird allerdings die Finanzierung des Reichs nicht auf die Dauer möglich sein. Die

Preise können aber nur gesenkt werden, wenn wir mehr Güter erzeugen. Wir müssen arbeiten. Als Leiter der Finanzverwaltung richte ich daher an die Gesamtheit unseres Volkes die Bitte, zu den Gewohnheiten und Tugenden unseres Volks zurückzukehren. Arbeitslust und Arbeitskraft müssen neu belebt werden und wir müssen von dem organisierten Wahnwitz der Gegenwart ablassen. Auch dann wird das Volk der Ordnung unserer Finanzen noch ungeheuer schwer sein. Alle Kräfte müssen zu diesem Zweck zusammenstehen. Das große Reformwerk kann nach Lage der Dinge nur von der Regierungsmehrheit geschaffen werden. Aber ich lege Wert auf die Mitarbeit aller Parteien, selbst wenn sie sich in Form einer scharfen Kritik äußert. Das große Werk, das vom Volk getragen werden soll, muß aus der Mitarbeit des ganzen Volkes herauswachsen. (Lebhafte Beifall.)

Das Haus vertagt die Weiterberatung auf Donnerstag vormittag 10^{1/2} Uhr. — Schluß 5 Uhr.

Weimar, 9. April. Im Verfassungsausschuß der Nationalversammlung beschloß man sich heute mit Art. 61 über die Wählbarkeit des Reichspräsidenten. Abg. Dr. Abrah (Demokrat) beantragte für die Schlussbestimmung den Zusatz: „In den nächsten 15 Jahren sind die Mitglieder der im Jahre 1918 regierenden landesherrlichen Familien der jetzt zum Deutschen Reich gehörenden Länder nicht zum Reichspräsidenten wählbar.“ Dieser Antrag wurde nach Ablehnung der weitergehenden sozialdemokratischen Anträge angenommen.

Die Lage in München.

München, 9. April. Die Morgenblätter sind heute überfüllt mit Verordnungen. Die Schriftleitung der „Münch. Neuesten Nachrichten“ hat es abgesehen, sich der Zensur zu unterwerfen. Die Redaktion des Blattes hat daher die Presseabteilung des pro. revolutionären Zentralkomitees übernommen. Damit ist das Blatt sozusagen von selbst Reglerungsorgan geworden. Es legt sich heute ausschließlich aus amtlichen Kundgebungen zusammen. Ein Aufruf an der Spitze sucht vor allem den Mittel- und Kleinbürgerstand zu beruhigen. Die Beruhigung des sogenannten kleinen Mannes wird auch sonst mit Vorliebe angestrebt. Auch die Kundgebungen des Landesbauernrates verfolgen diesen Zweck beim Kleinbäuer und Gewerbetreibenden. Sein Vorsitzender Hendorfer hat die Erklärung abgegeben, daß der Bauernrat mit der Republik einverstanden sei unter der Bedingung:

1. Daß die Sozialisierung in der Landwirtschaft nur unter Mitwirkung des Landbauernrats und nur bei Verteilen im Umfange von über 1000 Tagwerk durchgeführt

auf den Äckern hat er ein bewußtloses Kind empor und taumelte auf Anna Wedekind zu. Dann strahlte er und gerade vor ihren Füßen fiel er erschöpft hin mit dem Rinde. Das Mädchen aber schlug die Augen auf und begann zu weinen.

„Das Hammen, mein Liebling, es lebt!“ rief Anna hervor. Da sah sie, wie der Kandidat neben dem ohnmächtigen Mann kniete. „Henning, mein Bruder“, flüchelte er. „Stich mir nicht, hörst du, Henning, du Kapteer? Stich mir nicht!“

6. Kapitel.

Durch den Obliozien des Warrhofs schritten langsam und vorsichtig drei Menschen. Matthias Uhlle zur Rechten bot seinen Arm, auf den sich der bleiche junge Mensch, der heute zum ersten Male das Krankenzimmer verlassen hatte, stützen mußte, während Anna Wedekind zu seiner Linken ging und kummend vor sich hinblickte in den lauchenden Herbstmorgen.

Dans von Schüttelborn, der junge Leutnant von den blauen Hosen, konnte von Glück sagen, daß der schwere Sturz, den er als Ordnungsmann bei einer großen Feldübung von keinem plötzlich scheuenden Pferde getan hatte, so glimpflich abgelaufen war. Die Gehirnerschütterung war ohne eine ernstere Nachwirkung geblieben, die Stirnwunde war im Verheilen — der linke Arm freilich lag noch fest in der Binde.

Anna Wedekind dachte gerade darüber nach, wie es sein werde, wenn ihr Uhlle sie verlassen haben würde. Dann war das Leben wieder ganz so bde wie bisher — nein, viel drückender als je würde ihr die Enge dahinter vorkommen. Und die Zeit würde bald kommen. Dans von Schüttelborn sollte ja noch einige Wochen zur Erholung im Vaterhause weilen, ehe er zum Regimente zurückkehrte. Sobald der Sohn reisefähig und das Wambour vorüber war, wollte ihn der Vater, der Brigadefeldkommandeur war, selbst abholen.

(Fortsetzung folgt.)

Anna Wedekind.

Roman von Dr. Bruno Wagner.

(Nachdruck verboten.)

Am mar's, als fühlte er ihre körperliche Nähe. Er brauchte sich ja nur emporzuschleppen und den Arm um sie zu wickeln. Sie konnte sich nicht wehren. Und immer mächtiger wurde der Drang und schon lockerte sich die Rechte, die das Feuergeräusch hielt, und jetzt —

Auf einmal sah er das Antlitz des Mädchens über sich gesenkt und wie vor Schreck versteinert. Er hörte den Angstschrei, der in die Nacht hinausklang. Alles um ihn herum war in eine Helle getaucht. Alle Vorsicht vergessen, wachte er den Kopf. Da sah er, wie über dem Dorfe eine Feuerhölle lodend emporstieg und ein Sturzregen von Funken aufstob.

Und jetzt hatte er sich aufgerichtet in dem Feuergeräusch, es war wie die natürlichste Sache der Welt, daß er sich plötzlich neben Anna Wedekind vor dem Fenster befand. Auch sie schien darüber nicht nachzudenken, wo er hergekommen sein möchte. Er hörte nur, wie sie bedend sagte: „Es brennt bei der Witwe Weber, Herr Gott, die alle Frau mit ihren beiden Enkelkindern ist allein im Hause!“

Er erwiderte kein Wort. Mit einem Satz war er am Boden und zum Garten hinaus, und jetzt lief er mit großen Sprüngen der Feuerhölle zu, immer mit lauter Stimme rufend: „Feuer! Es brennt! Feuer!“

Das ganze Dorf war auf den Beinen. In wirrem Durcheinander drängte man sich, in weitem Umkreise nur wegen der forwühenden Funken, um das allfälligerweise etwas abseits stehende Haus, dessen Strobdach eine gen Himmel lodende Feuerwand zu bilden schien.

Unter den ersten auf der Brandstätte war Leutnant von Bergen mit Anna Wedekind gewesen. Jetzt kam auch der Oberleutnant.

„Hierher die Spritze!“ kommandierte er, und alles schobte, als könnte es gar nicht anders sein. Das Haus ist nicht zu retten! Alles Wasser auf das Dach

über dem Eingange, damit der frei bleibt. Drei Minuten damit! Freiwillige vor! Wir müssen die herausholen!“

Ein Schreien erhob sich in der Menge. Aus der Tür des brennenden Hauses schaukelten zwei Männer, die eine Last trugen. Ein kleiner Junge, nur mit dem Hemd bekleidet, trippelte hinterher und hielt sich am Kofe des einen Mannes fest. Die beiden trugen ihre Last bis zu einem abseits gelegenen Kofen und legten sie nieder. Anna Wedekind war sofort daneben niedergekniet.

„Ich fürchte, die arme Frau ist tot, wir fanden sie in dem mit Rauch angefüllten Zimmer am Boden liegen, der Junge hatte den Ausweg noch erreicht.“

Der Leutnant hatte es mit ernster Stimme gesagt. Totenblau stand Anna da und starrte auf das brennende Haus mit gerungenen Händen. „Das Hammen ist ja noch dein — mein Liebling! Gibt es denn keine Rettung?“

Der junge Offizier und der alte sahen sich beide an. „Sie sagen, es ist unmöglich!“ fragte der Graf halbblau.

„Ganz unmöglich. Herr Oberleutnant!“ kam es ebenso zurück.

„Einerlei, ich verlange es, helfen Sie mit!“

„Selbstverständlich, Herr Oberleutnant!“

Die beiden stürzten dem Eingange zu. „Wasser!“

schrie der Graf, „Wasser auf das Dach!“

Die Spritze verlagte. Der Lämpel war völlig leer genummt. „Wir müssen hinein“, sagte der alte Husar. Aber in dem Augenblicke riß ihn sein Leutnant mit raschem Griff zurück. Das war noch gerade zur rechten Zeit. Auf die Stelle, wo eben noch der Oberleutnant gestanden hatte, war das brennende Strobdach herabgestürzt, mit einer Funkenwolke die beiden Offiziere überschützend, daß ihnen Bart- und Kapthaar gefangen wurden.

Ein einziger hundertstimmiger Schrei durchgelte die Luft. In weitem Bogen war etwas Dunkles aus dem Nebelsticker herausgeschlagen, in das Geweiße des großen Niederstrandes hinein, der am Gartenzaun dicht neben dem Dunsthaufen stand. Die Zweige rauschten und brachen. Man hörte einen Fall. Und als die Menge heraustrat, erhob sich mühsam von dem weichen Dunsthaufen ein Mann mit geschwärtztem Antlitz und blutenden Händen.

7 Uhr

mlung
ns

le vom Felde

ch. Schon um

„Traudi“ ist

findet ein
das neue
zu dem his-
und Frauen,

rein.

brückelst.

riehvämtes

swahlen

Vorschriften

erwählen

en.

Nagold.

old.

getroffen

liche

wiebeln

Fig. solange

wiebeln

Wid. bei

et Raaf

straße 52.

gold.

er

sche

Diech ungar-

kan eintraten.

adtestelle b. 31.

ustig.

nen jüngeren

ann

im Geschäft bei

ng. Umfassen

h gebaten, die

st zu erkennen.

als,

stgärtner.

knrecht

chireten.

schiffställe.

haus

Stagen-

nnung

Zimmern, wo-

dem Götchen

ste oder in H.

. Fall od. früher

en gesucht.

unter S.W. 200

schiffställe des

Landkreis

CALW

Kreisarchiv Calw

werden darf. 2. Handel, Gewerbe und Kleinindustrie müsse von der Sozialisierung verschont bleiben. 3. Gegen die Gewalt- und Erpressungspolitik der Reichsregierung muß mit Entschiedenheit vorgegangen werden. Alle Sonderrechte Bayerns müssen gewahrt werden."

An Einzelverordnungen sind erlassen solche über Sozialisierung des Bergbaus, Beschlagnahme und Kantonierung aller Wohnungen, von der zunächst nur die Gasthäuser und Pensionen ausgenommen sind, die Pressezensur, Richtlinien für die Ernennung des Beamtenkörpers, die außer vom Volksbeauftragten-Solmann von Vertretern der Beamten, Gewerkschaften und des Verbands des deutschen Verkehrspersonals unterzeichnet sind.

München, 9. April. WTB. Unter der Überschrift "Das Los von München: Volksgewalt und Revolution" drucken die "Münchener Neuesten Nachrichten" folgenden Aufruf ab, der in Bayern verbreitet wird: "Ein Häuflein besessener Agenten aus Rußland terrorisiert München, das auf Befreiung durch Euch wartet. Duldet Ihr, wie jetzt in Rußland, einen Tyrannen, einen Diktator und Mörders, dann wird auch in unserem Bayern das Elend triumphiert. Von nirgendwo bekommen wir Lebensmittel her. Das Reich gibt keinen Pfennig mehr. Wie wenig gilt dann Bayern in der Welt, das bisher ein gewichtiges Wort mitzusprechen hatte. In nichts wird es gesunken, geschunden und bedrückt werden. Das wollt Ihr nicht, das will keiner, der nicht Agent und Spion ist. Um das zu verhindern, darf kein ausländischer Bayer fehlen. Alle heranz mit ganzer Kraft! Besetzt Eure Werkstätten, formiert Euch und dann drauß auf Münchens Gräben! Es lebe die Republik, nieder die Anarchie! Handeln, sofort handeln!" Gedruckt bei Rudolf Mosse, Berlin, durch Auftrag von der Zentralkommission für Heimatschutz Bayern. — Außerdem sind Millionen von Flugblättern im Druck, die zum Eintritt in die Freiwilligenkorps, zum Grenzschutz, auch nötigenfalls gegen den inneren Feind aufrufen. Der Zentralrat bemerkt dazu: "Die Bemühungen der Propagandisten werden in Bayern vergebens sein. Das kämpfende Volk Bayerns läßt sich nicht zum Völkermord verleiten."

Bamberg, 9. April. Im Bamberger Rathaus ist heute die bayerische Staatsregierung, wenigstens in ihrer Mehrheit zusammengetreten. Es fehlten außer v. Frauenborfer, die beiden Unabhängigen Simon und Unterkirchner. Der Ministerpräsident hat auch diese aufgefordert, sich der rechtmäßigen Regierung in Bamberg anzuschließen. Ein erheblicher Teil aller Fraktionen des bayerischen Landtags hat sich ebenfalls hierher begeben und gedankt sich heute in einer Erklärung an die bayerische Regierung zu wenden. Die Regierung glaubt Nordbayern in der Hauptsache in der Hand zu haben und beabsichtigt, sich denn auch hier in Bamberg auf längere Zeit einzurichten.

Weimar, 9. April. Gestern Abend sind in Weimar mehrere bayerische Abgeordnete eingetroffen, die sich zur Zeit der Unruhen in München oder Bamberg aufgehalten haben. Sie sind im allgemeinen miserlich optimistisch, als man nach den aus Bayern vorliegenden Nachrichten annehmen sollte. Man hat den Eindruck, als ob selbst die Vertreter norddeutscher Blätter in München unter der Wirkung verschiedener, von der dortigen Regierung ausgeprägter Lügen arbeiten. Min. Präsident Hoffmann, der südlich in Bamberg im Zimmer des Oberbürgermeisters im Rathaus residiert, scheint sich zwar noch nicht völlig über seine Haltung im klaren zu sein. Auf dem Beschlag verschiedener demokratischer und mehrheitssozialistischer Abgeordneter, den Landtag sofort nach Bamberg einzuberufen hat der Ministerpräsident noch ausweichend geantwortet.

München, 9. April. WTB. Die Korrespondenz Hoffmann meldet amtlich: Aus einem Funkentelegramm von Ruhen "An Alle!" vom 8. April 10 Uhr vorm. geht hervor, daß, wie es heißt, zum Schutze der Regierung Hoffmann und des bayerischen Landtages das Freiwilligenkorps Epp nach Bamberg dirigiert wurde.

München, 9. April. In Ingolstadt haben den Versuch, die Räterepublik auszurufen, Bürger, Beamten und Bauern, mit dem Beschluß des Bürgerstreiks beantwortet. Garrison und Mehrheitssozialisten erklärten sich hinter die Regierung Hoffmann stellen zu wollen.

München, 9. April. WTB. Eine Verordnung des provisorischen revolutionären Zentralrates über die Beschlagnahme und Kantonierung der Wohnräume besagt u. a.: Während der Wohnungsnot werden sämtliche Wohnräume in Bayern beschlaggenommen. Die Verdrückung von Familien an Personen, die nicht vor dem 1. 8. 14 ihren Wohnsitz in Bayern hatten, kann nur mit Zustimmung des Volkskommissars für Wohnungswesen erfolgen. Zur Verminderung der Wohnungsnot wird für jeden Einzelhaushalt grundsätzlich nur 1 Zimmer mit Küche, für jede Familie eine Kinderstube von Schlafstätten nebst einem Wohnraum vorgesehen. Für die ihm zugewiesenen Räume erhält jeder eine Wohnkarte. Knechtstube und Knechtstube sind zu bevorzugen. Die Einigung über den Mietpreis kann durch die Beteiligten erfolgen. Kommt eine Einigung nicht zu Stande, so legt die Gemeinde einen angemessenen Mietpreis fest. Auf Hotels, Gasthöfe und Pensionen findet die Verordnung vorerst keine Anwendung. Zwangsverdrückungen werden mit einer Geldstrafe bis 100000 Mark oder mit Gefängnis bis zu einem Jahre geahndet.

München, 9. April. WTB. Dienstag nachm. wurden Zettel in den Straßen der Stadt verteilt, worin mitgeteilt wurde, daß der Bürgerstreik infolge von Maßnahmen des provisorischen Zentralrates sofort abgebrochen ist.

Neue Münchener Veröffentlichungen.

München 9. April. In der "Münchener Ztg." wird vom Presseausschuß die Denkschrift abgedruckt, die Erzberger am 2. Sept. 1914 an verschiedene führende Persönlichkeiten gerichtet hat, ferner die Antworten, die Bechmann, Hollweg, Falkenhayn, Moltke und Tirpitz gegeben haben. Diese Denkschrift befaßt sich mit den Mindestforderungen beim Kriegsschluß. Diese Forderungen Erzbergers gingen damals weit hinaus über alles, was sonst von sog. alldeutscher Seite verlangt wurde.

Von Belgien heißt es: Es kann unter keinen Umständen seine bisherige Stellung behalten. Für eine Aufstellung unter angrenzende Staaten liegt kein zwingender Grund vor. In welcher Weise das Land staatsrechtlich behandelt wird, ist Gegenstand späterer Erörterung. Erreicht werden muß unter allen Umständen, daß Deutschland die militärische Oberhoheit über das Land erhält und zwar nicht nur über Belgien, sondern über den ganzen französischen Küstengebiet, der sich über die Niederlande bis Boulogne erstreckt. Ebenso notwendig ist der deutsche Besitz der englischen normannischen Inseln, die Cherbourg vorgelagert sind.

Frankreich. Große Gebietsabtretungen von Frankreich dürfen kaum in Betracht kommen. Unentbehrlich ist die Abtretung des oben bezeichneten, an Belgien unmittelbar angrenzenden Gebietes. Eine berechnete Forderung der deutschen Industrie geht dahin, daß das gesamte Rheingebiet von französisch-Lotharingen unter deutsche Herrschaft kommt. Der alte Wunsch, über Belfort dauernd die deutsche Flagge wehen zu sehen, ist erneut begründet.

Rußland. Das schwierigste Problem für den Friedensschluß. Das Ziel dürfte sein: Befreiung der nicht-russischen Völkerschaften vom Joch des Moskowertums und Schaffung von Selbstverwaltung im Innern der einzelnen Völkerschaften. Alles dies unter militärischer Oberhoheit Deutschlands, stellvertretend auch mit Jalta. Ein selbständiges, unabhängiges Polen dürfte berechtigten deutschen Interessen widerstreben. Die russischen Ostprovinzen können teilweise Preußen angegliedert werden, oder selbständige Staaten mit militärischer, deutscher Oberhoheit werden. Dasselbe gilt von Litauen. Wird unter deutscher Oberhoheit ein Königreich Polen geschaffen, so ist es absolut notwendig, ihm eine eigene Dynastie zu geben, welche nach Lage der Verhältnisse dem katholischen Religionsbekenntnis anzugehören hätte.

Es werden dann Besatzungsfragen über die neuen Gebiete behandelt und vor allem darin ausgesprochen, daß von einer Einführung des Reichstagswahlrechts in ihnen natürlich nicht die Rede sein könne.

Von Afrika heißt es: In Zentralafrika müßte ein großes deutsches Zentralafrika geschaffen werden, das sich von Dar-es-Salam über Duala bis Senegambien erstreckt, also Neuzugewinnungen müssen sein: der belgische und französische Kongo, Nigeria von England, Dahomei und die französische Westküste von Frankreich.

An Kriegsentwöhnungsbedingungen schlägt Erzberger vor: 1) Vollerhalt der unmittelbaren Kriegskosten (10 Milliarden). 2) Vollerhalt der Kriegsschäden, wobei der Schweregeprüften Provinz Ostpreußen auch das Unrecht wieder gut zu machen ist, das dem nicht reichen Land vor 100 Jahren durch Ausbringung der Kriegsschäden aus eigenen Mitteln zugefügt wurde. Die Höhe dieser Summe ist heute noch nicht zu überschätzen. 3) Tilgung aller weiterer Reichsschulden, die zu mehr als 80% auf Herz, Flotte und Kolonialexpeditionen zurückzuführen sind. 4) Schaffung eines großen Reichswahlrechtsfonds (etwa 5 Milliarden Mark). 5) Ein größerer Fonds ist zur Schaffung deutscher Kabel und Telephonstationen zu reservieren. 6) Ist für legale Zwecke gleichfalls Geld vorzubehalten.

Die Antwort Bechmann Hollwegs lautet sehr zurückhaltend. Er sagt u. a.: Wenn auch alle Möglichkeiten durchgedacht werden, so hängen die schließlichen Entschlüsse doch noch ganz von der letzten Einmütigkeit ab. Kriegsmilitärminister Falkenhayn, Generalstabschef Moltke und Tirpitz antworteten gleichfalls zurückhaltend, wenn auch mehr oder weniger in einzelnen Punkten zustimmend. Alle diese Antworten betonen aber die Notwendigkeit, daß zunächst durchgehenden sei und man den Feind des Bären nicht vor der Zeit vertreiben könne.

Der Rätekongreß.

Dem Rätekongreß ist folgender Brief des Justizministers zugegangen: "Die Haftentlassung des Schriftstellers Georg Ledebour kann nur das Gericht anordnen. Von einer Weitergabe des Aktens an das Gericht habe ich abgesehen, weil als Grund nur die vermeintliche Immunität Ledebours in Frage kommt, die nach Lage der Verhältnisse nicht als begründet anerkannt werden kann."

Die Soldatenfraktion des Rätekongresses hat einen Antrag eingebracht auf sofortige Haftentlassung des verhafteten Vorsitzenden des Soldatenrates der Magdeburger Garnison, Brandes, und der mit ihm verhafteten beiden Mitglieder des Korpsjägersrates des 4. I.R.

Sock-Goths (U.S.P.) geht in längerer Ausführung auf den Fall Brandes ein. — Auf Antrag Rosenfeld wurde sodann eine Kommission gewählt, die sich sofort zu Reichswehrminister Noske begeben soll, um das gesamte Material zu übergeben und ihn zu ersuchen, die Angelegenheit schnellst zu präzisieren.

Cohen-Reuß (U.S.P.) brachte für den Zentralrat folgende Resolution ein: "Der 2. Rätekongreß appelliert an die streikenden Ruhrbergleute, unter allen Umständen die Notstandsarbeiten auszuführen, damit das deutsche Volk von dem Unglück verschont wird, das jetzt bei einem Erlaufen der Schächte eintreten würde. Damit, so erklärte Cohen, enthalten wir uns jeder Parteinahme für oder gegen die Forderungen der Bergarbeiter. Aber bedenken Sie, welche Folgen es hat, wenn selbst Lebensmittelkisten der Entente jetzt ohne Dünkerköpfe zurückzuführen sollen."

Im Namen der Mehrheitssozialistischen Fraktion erklärte Kurlinsky: "Wir stehen vor dem Zentralrat vorgelegener Resolution inspannig gegenüber und stimmen ihr zu. Eine Bergarbeiterstreik, die die Kohlenkette erschaffen läßt, erlaubt die deutsche Revolution! Die Resolution Cohen wurde angenommen, ebenso folgender Zusatzantrag der Sozialdemokraten: "Von der Reichsregierung wird erwartet, daß sie berechnete Forderungen der Ruhrbergarbeiter erfüllt." — Sodert hatte Reichswehrminister Schmidt mitgeteilt, daß der Arbeitsminister Bauer sich gestern in das Streikgebiet zu Verhandlungen begeben habe. Der Minister beschwor mit erhabener Stimme den Kongreß, sich zu der Entente durchzusetzen, daß eine so wichtige Beziehung und die brutale Unterdrückung des gesamten deutschen Wirtschaftslebens, wie sie jetzt im Ruhrgebiet betrieb werden, auf das allergrößte Verurteilt werden müsse. Der Kongreß müsse gegen diesen Terror einer kleinen Kaste entschiedene Stellung nehmen. Alle Bemühungen der Regierung seien erfolglos geblieben. Man sei zum Gas- und Wasserstreik übergegangen und richte damit die ganze Produktion, auch die deutsche Arbeiterkraft zu Grunde. Wenn ein Streik den anderen ablöse, gehe das ganze deutsche Wirtschaftsleben zu Grunde. Vor Annahme des Antrages Cohen und während der Rede des Ministers veranstalteten die Unabhängigen wilde Lärmumgebungen.

Lageberichtigkeiten.

Aus dem Ruhrrevier.

Essen, 9. April. In der heutigen Frühlicht waren 166 696 Arbeiter ausständig gegen 155 601 in der gestrigen Frühlicht. In der gestrigen Mittag- und Nachtlicht hat sich die Gesamtzahl der Streikenden auf 290 116 gegen 258 692 des vorhergehenden Tages belaufen.

Vergangenes Streitfelder!

Kaisruhe, 9. April. Die "Bad. Presse" berichtet aus Mainz: Gestern nachm. 4 Uhr traten die hies. Elektrikalisches Arbeiter in Streik. Der französische Oberkommandierende General Mangin machte darauf bekannt, wenn nicht innerhalb 4 Stunden die Arbeit wieder in vollem Umfang aufgenommen sei, würden die streikenden Arbeiter samt und sonders sofort nach Belofen transportiert werden, um dort zwangsweise bei den Wideraufarbeitungsarbeiten verwendet zu werden. Infolge dessen war bis abends 8 Uhr der Betrieb des Elektrizitätswerks wieder in vollem Gang.

Ankunft eines Lebensmitteldampfers.

Hamburg, 9. April. 8000 Tonnen Speck u. Schmalz sind mit dem amerikanischen Dampfer Samarinda, dem 6. der hier angekommenen Lebensmittelschiffe, im hiesigen Hafen eingetroffen.

Befreiung Magdeburgs.

Frankfurt, 9. April. Aus Magdeburg wird der "Frankf. Ztg." berichtet: Heute früh sind Regierungstruppen des Landjägerskorps Markler eingetroffen und haben alle öffentlichen Gebäude besetzt. Generalmajor Markler hat das Kommando in Magdeburg übernommen. Die Bestimmungen des Belagerungszustandes sind dabei sofort in Kraft getreten. Die Versammlung der Streikenden konnte aber stattfinden. Es wurde erneut der Beschluß gefaßt, solange im Ausstand zu verharren, bis Brandes freigelassen ist. Während der Reden der Führer erkundeten viele Aule: Gibt uns Waffen! Die Erregung ist zur Siedehitze gestiegen. Bis zum Abend fanden Straßendemonstrationen statt, wobei Blut floß. Eine Reihe von Verwundeten wurden von den Russen mitgeschleppt. Besonders lebhaft waren die Schieberden an der Hauptpost.

In Düsseldorf wurden am Mittwoch verschiedene Patrouillen der Regierungstruppen ausgegriffen und Posten beschossen. Bei dem entstehenden Feuergefecht gab es mehrere Tote. Die Regierungstruppen blieben Dessen der Lage.

Eine feine Nummer.

Berlin, 9. April. Die sozialdemokratische "Frankfurter Tagespost" bringt Enthüllungen über den an der Spitze des Ministeriums der Räterepublik Bayern als Volksbeauftragter für auswärtige Angelegenheiten befindlichen, aber in Bayern gänzlich unbekanntem Dr. Lipp, einem Mann von etwa 60 Jahren. Er war bereits zweimal wegen Erschwerung im Zerkhause untergebracht. Lipp ist in den 80er Jahren Redakteur des "Beobachters" in Stuttgart gewesen. Als Lipp in eine Majestätsbeleidigung verwickelt worden war, wanderte er nach Italien aus, wo er zu gleicher Zeit Korrespondent des "Corriere della Sera" und Spion der kaiserlich deutschen Regierung war, der er wertvolle Dienste geleistet haben will. Während des Krieges sei Dr. Lipp im Auftrage der politischen Abteilung des deutschen Generalstabes der Zimmerwälder Vernehmung beigewohnt und habe als



Mitglied derselben die revolutionäre Bewegung in Italien organisiert.

Gegenrevolution in Ungarn.

Wien, 9. April. Aus Prag wird gemeldet: Die Regierung erhielt aus Peking eine Mitteilung, daß eine Freiwilligen-Armee im Anmarsch gegen Budapest sich befindet. Das Ziel sei die Abjurgation der Räteregierung. Die ungarische Regierung sei von den gegenrevolutionären Nachrichten aus allen Teilen des Landes erschüttert und dürfe keinen ernstlichen Widerstand leisten.

Leinwands-Friedensvorschläge an die Entente.

Wien, 9. April. Die Friedensvorschläge, die Leinwand der Entente durch Vermittlung der amerikanischen Vertreter, Sekretär Stieffen und Bullitt, gemacht hat, sind folgende:

Leinwand hat lediglich eine Waffenruhe und die Zurücknahme der alliierten Truppen beantragt, während die bolschewistische Regierung das Recht haben soll, für Gold Anrechnungsmittel im Ausland zu kaufen. Eine Anerkennung der bolschewistischen Regierung wurde von Leinwand nicht beantragt. Dagegen war er bereit, die aus wirtschaftlicher Sicht Russlands anzuerkennen und halbjährlich mit der Zinszahlung zu beginnen. Er hat sich weiter bereit erklärt, seine Propaganda im Ausland einzustellen und nicht mehr in interne Angelegenheiten anderer Länder einzugreifen, sowie auch die militärischen Operationen außerhalb Russlands einzustellen.

Aus dieser Haltung ergibt sich klar, daß er den belagerten Abschluß eines Friedens mit der Entente will. In Zusammenhang hermit steht eines der Ziele des Besuchs des Generals Smulch in Ungarn, der feststellen soll, welchen Charakter die bolschewistische Regierungsform dort tatsächlich hat. Mehrere Amerikaner sind nicht abgeneigt, Verhandlungen nach Rußland zu schicken, aber bis jetzt hat Frankreich immer dagegen opponiert. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß Leinwand mit der Erklärung, die Staatschuld anzuerkennen, auf die Haltung Frankreichs einen gewissen Einfluß ausüben wird.

Gegen das Streikfieber.

Berlin. In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ wird gesagt: Unter den Eisenbahnern gibt es an allen Ecken und Enden. Sie haben mit der Proklamierung des Generalkonflikts gedroht, falls ihnen ihre Forderungen nicht bewilligt werden, und im Danziger Bezirk ist es bereits zu einem sehr unangenehmen Teststreik gekommen. Ein Eisenbahnstreik im gegenwärtigen Augenblick würde nicht bloß die Preisgabe des deutschen Volkes an den Hunger bedeuten, sondern auch die Preisgabe des deutschen Landes an die Feinde Deutschlands. Die Entente hat grundsätzlich auf ihrem Recht der Truppenlandung in Danzig bestanden. Sie hat von der Ausübung dieses Rechts nur unter der Bedingung Abstand genommen, daß es ihr ermöglicht wird, die Divisionen des Generals Hüller auf den bekannten Bahnen nach Polen transportieren. Wird der Transport durch einen Eisenbahnstreik verhindert, so ist es ganz möglich, daß die Entente aus dem von ihr beanspruchten Recht der Landung in Danzig zurückgreifen wird. Der kommandierende General des 17. Armeekorps hat sich bereit erklärt, um den Nachschubverkehr zu den Grenzschutztruppen durchzuführen, den Danziger Bahnbetrieb militärisch zu besetzen.

Im „Vorwärts“ wird gesagt: Man blüht Streiks, die sich, ohne die Allgemeinheit zu schädigen, gegen den Kapitalistenprofi richten, oder, wenn Streiks, die mehr gegen das Wohl des Ganzen als gegen die ökonomischen Privilegien einer herrschenden Klasse gerichtet sind. Dieser Wandel der Anschauungen, der sich desto rascher vollzieht, je mehr wir uns sozialistischen Wirtschaftssystemen nähern, wird schließlich auch im geschriebenen Recht seinen Ausdruck finden.

Die „Germania“ hält es für sicher, daß ein Rückschlag kommt und entscheidend auf das Streikfieber einwirken wird. Auch die Arbeitslosenunterstützung wird wie sie schreibt, bei der schlimmsten Lage Deutschlands einmal eingeführt werden. Würde man mit Fleiß an die Arbeit gehen und sich mit einem bescheidenen Lohn abfinden, dann könnte Deutschland wieder erfliehen. Aber jetzt lägen die Arbeitseigner der Welt ab, auf dem sie selbst sitzen. Sie werden zu Totengeldern der eigenen Eitelkeit und der des ganzen Volkes.

Aus Stadt und Bezirk.

Magd., 11. April 1919

Kriegsverluste.

Die milit. Verlustliste Nr. 756 verzeichnet: Malt, H am 2.3.74, Neumeyer, gefallen. Teufel, Christian, 19.12.74, Böllingen, l. verwundet. Waldbach, Johann, Gese., 15.5.89, Stimmersfeld, l. verw. Gerand, Johann, 17.12.87, Bieringen, in Gefang. Risch, Andreas, 16.11.83, Sulingen, l. verw. Weber, Wilhelm, 5.11.74, Borsdorf, l. verw. Wagner, Wilhelm, 19.8.71, Magd., l. verw. Ring, Christian, 14.10.70, Wrensdorf, l. verw. Richter, Georg, 20.8.73, Hohlborn, l. verw. Kalkbald, Martin, Liff., 11.11.98, Beuren, l. verw. Biele, Willi, Gese., 2.10.97, Mühlen, l. verw. Schalte, Ernst, 10.11.98, Wölsberg, gefallen. Jansch, Karl, 16.1.99, Magd., in Gefang. Kempf, Johannes, 19.10.97, Dörschleben, inf. Krankh. gestorben.

Konzert. Am Palmsonntag den 13. April abends 1/2 5 Uhr wird im Festsaal des Seminars von H. Hermann Klavier (Violin), H. Sem. Oberlehrer Schmid und J. Sem. Lehrer Begner (Klavier) ein Sonatabend veranstaltet. Zum Vortrag kommen die Sonaten für

Violine und Klavier in A-dur von Händel, B-dur von Mozart, F-dur (Frühlingssonate) von Beethoven. Freunde guter Musik sind hierzu eingeladen. Eintritt ist frei; freiwillige Gaben für die Kriegsgesamtenhilfe und zur Deckung der Auslagen können abgegeben werden.

Beerdigung. Unter zahlreicher Beteiligung wurden in den letzten Tagen 2 hiesige Bürger zu Grabe getragen. Am gestrigen Tage war die Beerdigung des wohlhin bekannten Gastwirts Joh. Karst. Stahl, der von einem langwierigen Leiden erlitt wurde. Am Mittwoch gab eine große Trauerversammlung dem Gottlob Kasch, Gärtner und Gemeinderat das Orakel. In seinem Grabe wurden Kränze niedergelegt im Namen der Stadt und des Gemeinderats durch H. Stadtschultheiß Kaler, sowie von den Vorständen verschiedener Vereine deren langjähriges Mitglied der Bestorbene war.

Arbeiter- und Bauernräte. Nach neuester Bekannmachung werden die Kosten für die Mitglieder der Arbeiter- und Bauernräte die bei der Bezirksverwaltung oder den Kommunalverbänden (Amtsbehörden) getragen. Die Höhe der Entschädigung für die Tätigkeit der Arbeiter- und Bauernräte, setzen diese im einzelnen fest. Die Gemeindebehörden und Oberämter, die mit der festgesetzten Entschädigung der Arbeiter- und Bauernräte nicht einverstanden sind, können die Entschädigung des Landesausschusses anrufen. Dieser entscheidet im Einvernehmen mit der Staatsregierung.

Unterrichtskurse über Bienenzucht. Im kommenden Frühjahr und Sommer sollen an der Landwirtschaftl. Anstalt in Hohenheim und an der Weinbauerschule in Weinsberg sechswöchige Unterrichtskurse abgehalten werden, in denen den Teilnehmern eine theoretisch-praktische Anleitung zum Betrieb der Bienenzucht gegeben werden wird. Der Unterricht, der am 19. Mai in Hohenheim, am 9. Juni in Weinsberg beginnt, ist unentgeltlich.

Der Markkurs wieder gesunken. Der Markkurs in der Schweiz ist abermals gesunken. Die Mark notierte am 3. April 42. In den Geschäften wurde sie nur mit 40 genommen. Die österreichische Krone galt nur 16.80. Die Schweizer Geschäftskreise sind von dem niedrigen Kurs so wenig befreit, wie wir; denn bei dem Kurs wird so gut wie nichts gekauft.

Kohlenstreik. Nach Mitteilung der Würt. Landeskohlenstelle mehrten sich die Fälle, daß Kohlen innerhalb des Landes verschoben werden, ohne daß die hierzu erforderliche Anweisung der Landeskohlenstelle eingeholt wurde. Dem Eisenbahn-Dienststellen ist daher die genaue Beachtung der Bestimmungen, die einer Umgehung der behördlichen Vorschriften vorbeugen sollen, eingeschärft worden.

Wahlfreier Religionsunterricht.

Der preussische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat folgende Verfügung erlassen: **Berufspflicht eines jeden Staatsbürgers ist es, die Gewissensfreiheit sicherzustellen. Insbesondere gilt das für das Gebiet des religiösen Lebens und der religiösen Erziehung. Dazu gehört auch entsprechend der Regierungserklärung vom 25. März 1919, daß der Religionsunterricht wahlfrei ist. Bis zum Erlaß künftiger Gesetze, die die Beziehungen von Staat, Kirche und Schule zueinander auf neue Grundlagen stellen, ist deshalb den nachstehenden Grundregeln gemäß zu verfahren:**

1. Soweit nicht bereits nach den bisherigen Bestimmungen Schüler der öffentlichen Schulen von der Teilnahme am lehrplanmäßigen Religionsunterricht befreit sind oder befreit werden können, sind sie auf Antrag von der Teilnahme an dem Religionsunterricht zu entbinden. Zur Stellung des Antrags sind diejenigen beauftragt, welche die Religion, in der die Schüler zu erziehen sind, zu bestimmen haben, bzw. nach Erreichung des religionsmündigen Alters die Schüler selbst.
2. Schüler, die von der Teilnahme am Religionsunterricht befreit sind, sind nicht zur Teilnahme an Schulfeiern mit religiösem Charakter verpflichtet.
3. Lehren und Vorträgen an öffentlichen Schulen — mit Ausnahme der sines für den Religionsunterricht angestellten —, die aus Gewissensbedenken um Befreiung von der Verpflichtung zur Erstellung von Religionsunterricht nachsuchen, ist die Erstellung von Religionsunterricht abzunehmen, ohne daß sie deshalb in ihren Dienstverhältnissen gekürzt oder von den Aufsichtsbehörden zurückgesetzt werden dürfen. Diese Lehrer (Lehrerinnen) sind auch zur Teilnahme an Schulfeiern mit religiösem Charakter nicht verpflichtet.
4. Die Teilnahme von Lehrern und Schülern an kirchlichen Veranstaltungen außerhalb der Schule ist stets freiwillig.

Bei organisch vereinigten Kirchen- und Schulämtern bleibt die Ausübung der kirchlichen Amtspflichten des Stelleninhabers späterer Regelung vorbehalten. Diese Bestimmungen treten mit Beginn des neuen Schuljahres in Kraft.

Der Gelb vom 29. November 1918 — U II 1841 U II W — wird hiermit aufgehoben. (gez.) Harnisch.

1. Altenfeld. Am Mittwoch mittag stürzte in einem unbewachten Augenblick des etwa 3-jährigen Sohnes des Schuhmachers W. Hanzler in die Magd und wurde mehrere 100 Meter weit fortgerissen. Bis Hilfe kam, war der Knabe ertrunken. Wiederbelebungsversuche hatten keinen Erfolg.

2. Rohrdorf. Die Gemeinderäte besaßen sich in ihrer letzten Sitzung u. a. auch mit einer abzuhalten den Budgetungsfeier zu Ehren der hiesigsten Krieger. Die Verdienste derselben für die Verteidigung des Vaterlandes wurden anerkannt. Noch wurde anfall einer Fest-

lichkeit von der man absehen möchte, obwohl man eine solche den Kriegeren gönnen würde, beschlossen, den Kriegern oder den Angehörigen eine Ehrengabe von 10 Mark zu geben. Für die Kriegsteilnehmer sind der Gemeinde, bezw. dem Schultheißenamt 2000 M zur Verfügung gestellt worden. Dieselben sollen nach Kollegiumsbeschluss zu einem Fonds angelegt werden, von welchem die Krieger oder deren Angehörige später im Bedarfsfall unterstützt werden sollen. Zum Heeresdienst wurden insgesamt über die Kriegszeit aus der Gemeinde 129 Mann eingezogen.

Aus dem übrigen Württemberg.

Calw. den 10. April. Auf dem gestrigen Schweinemarkt waren 11 Käufer- und 195 Stück Milchschweine zugeführt. Da viele Händler am Plage waren, herrschte ein reges Leben und es wurde fast alles bei hohen Preisen abgesetzt. Es wurden bezahlt für ein paar Käufer 480—1422 Mk. Letztere waren ausschauweise starke Tiere; für ein paar Milchschweine war der Preis 300—470 Mk.

Freudenstadt. In einer abgehaltenen außerordentlichen Sitzung der hiesigen Kollegien wurde beschlossen, daß die Gemeinderatswahl in Freudenstadt am Sonntag, den 11. Mai stattfinden soll. Die Zahl der Gemeinderäte wurde auf 20 festgesetzt.

Rottenburg. In Obernau hat der 18-jährige Fabrikarbeiter Schweinberg im Walde zwischen Obernau und Egenzingen den gleichaltrigen Joseph Hertler erschossen, den er verwundet in eine Hölle geschleppt, ihm durch einen weiteren Schuß den Kopf zertrümmert und die Leiche beraubt. Der jugendliche Mörder blieb selbst ungehindert der Leiche des ermordeten Kameraden kalt und gleichgültig.

Riedlingen. 7. April. (Schweinemarkt) Zufuhr stark; 400 St. Handel lebhaft. Preis per Paar 300 bis 400 M.

Wahlkreis. Übermüdungsbrände des Kriegsmücherrams haben auf dem hiesigen Bahnhof aus einer nach Mannheim gerichteten Eilzugsendung 57 Pfund Butter beschlagnahmt. — Am demselben Tage wurde zwei gewerbemäßigen Schleichhändlern 50 Pfd. Butter, 32 Pfd. Schweinefleisch und 17 Pfd. Speisefett abgenommen. Nach ihren eigenen Angaben hätten die Schleichhändler diese Waren um den Preis von 2235 Mark erworben, um sie in das Ruhrgebiet zu verbringen. Zwei weiteren Schleichhändlern wurden 50 Pfd. Speisefett, 5 Pfd. Butter und 4 Pfd. Schweinefleisch, die nach Frankfurt verbracht werden sollten, abgenommen. Sämtliche beschlagnahmte Waren wurden dem Kommunalverband Maulbronn zugestellt. Die Täter sehen ihrer Bestrafung entgegen.

Wiederzusammentritt der Landesversammlung.

Stuttgart, 9. April. Der Finanzausschuß der Landesversammlung wird am nächsten Freitag wieder zusammentreten. Die Landesversammlung wird ihre Beratungen am nächsten Montag, 14. April, nachmittags 4 Uhr wieder aufnehmen, und zunächst einige Nachtragoreale erledigen. Am Mittwoch werden die Beratungen wegen der Osterferien unterbrochen, ihre Wiederaufnahme erfolgt sofort nach Ostern, wobei dann zunächst die Befassung erledigt werden wird.

Letzte Nachrichten.

Berlin. Die große Vermögensabgabe soll einen Betrag von etwa 50 Milliarden ergeben. Vermögen bis zu 30 000 M sollen freigelassen werden. Die Abgabe beginnt mit 5%, und steigt dann rasch.

Die holländische Regierung werde entgegen ihrer früheren Absicht keine Lebensmittel nach Deutschland senden, wegen der dauernden Streiks und des Sinkens der deutschen Valuta, die ihren tiefsten Stand seit Kriegbeginn erreicht hat; für 100 M wurden nur 19,30 Gulden bezahlt.

Zum Schutz gegen den Angriff der Regierungstruppen auf München wurde in einer Sitzung des Zentralkomitees die Verhaftung von Geiseln, darunter des Erzbischofs von München beschlossen.

In Danzig ist der Generalkonflikt ausgedbrochen; die Eisenbahn nach Stettin und Dessau verkehrt nicht mehr.

Wien. In der gestrigen Sitzung des Nationalparlamentes sprachen sich verschiedene Redner gegen den Generalkonflikt der Entente und für die deutsche Einigkeit aus.

Der brit. Vizekonsul stellt gegenüber dem Gericht, daß Lloyd George in dieser Woche nach London zurückkomme, mit, daß noch kein diesbezüglicher Plan bestehe; mit einem Abschluß der Verhandlungen ist noch nicht zu rechnen.

Die holländische Bewegung im Deutschen Reich und namentlich die Vorgänge in Bayern verurteilen an der Schweiz. Diese einen scharfen Rückgang der deutschen Valuta deren gegenwärtiger Stand mit 39,5 Franken für 100 M, der bisher tiefste ist.

Konstanz meldet aus Paris: In der Frage der Entschädigung wurde Übereinstimmung erreicht. Die Begleichung erstreckt sich auf einen Zeitraum von 30 Jahren und beginnt am 1. Mai 1921, mit einer Anzahlung von 1 Milliarde Pfund Sterling. Deutschland müsse seine eine Obligation unterschreiben, in der es seine einseitige Schuld von 6 Milliarden Pfund Sterling anerkennt.

Wahlwahl. Weiter am Samstag und Sonntag. Weiter aufhebend und auch milder.

Das in der Zeitung veröffentlichte Bild ist Eigentum der Redaktion. Bild u. Beschriftung der H. M. Jullierschen Buchdruckerei (Hans Julliers) Magd.



Stadt Altensteig.
Verkauf von Nadelholzstangen
im schriftlichen Aufsteig.

Aus Stadtwald Langenberg und Breimen: Gerüst-
stangen 110; Bauft. I a 193, I b 313, II 184, III 25;
Postf. I 268, II 636, III 255; Hopfenst. I 1250,
II 725 III 122, IV 213 V R. 340. Entfernung vom
Bahnhof Altensteig 3-8 Km. Losverzeichnisse von der
Stdt. Forstverwaltung.

Angebote auf die einzelnen Lose in Geld für 1
Stück, ungezeichnet und verpackt, mit der Aufschrift
„Gebot auf Stangen“ bis zum

19. April nachm. 2 Uhr
an das Stadtschultheißenamt.

**Buchen und tannen
Scheiterholz**

(leichter auch dicker) (a) abzugeben

J. Wurster, Altensteig.

**Herren- u. Damen-
Hüte**

werden zu soliden Preisen in
8 Tagen bei tadelloser Ausführung
noch zum

façonieren

angenommen.

Th. Eberhardt, Hutfabrik
Stuttgart, Galsburgstr. 12 B.

Verkaufe 150 Stück
3 Meter lange

**Bohnen-
stangen.**

Zu erfragen bei der Exped.

Zugelaufen

Ist mir ein
nicht kupierter
Dobermann
(Rüde). Der-
selbe kann
vom rechtmäßigen Eigentümer
gegen Einleitungsgebühr u.
Futtergeld innerhalb 8 Tagen
abgeholt werden.

Daher ist ein
Fahrrad
mit Freit-
lauf

zu verkaufen, unter drei die
Wahl. Zu erfragen im
Waffhaus z. „Pirsch“ in
Nutertalheim.

Zu verkaufen

einige gebrauchte Ziehar-
monikas 3 Strofer Boz-
ner, Beste Italiener Beste
Wiener und 7 St. nachge-
machte Wiener (Deutschfa-
brikat) alte Reparaturbe-
dürftige werden dagegen
eingetauscht bei Ziehar-
monikawerker

F. E. Hohnloser,
in Pforzheim, Bergstr. 27.

**Kaffee
u. Chin. Tee**
ist noch nicht zu haben,
bekanntlich und gut ist
mein

**Deutscher Tee,
Alpenkräutertee,
Lindenblüten- u.
Kernies-Tee,**
offen u. in Paket, im
Verkaufsch. Schwarzwald
Kerndorfer.

Niederlage bei
Geschw. Frey, Nagold.

Nagold.
Im Aufertigen von
Zöpfen
u. sonstigen Haararbeiten
empfiehlt sich bestens

L. Bökle Witwe,
Bienen- u. Herren-Feisengeschäft
Wagholst.

NB. Ausgekämmte Haare
kauft Obste.

**Kluge Damen
und Herrn**
werden ich in
Heiratsangelegenheiten

an
Fran Josefine Hofmann,
Stuttgart, Hackstr. 161.
Prima Ref. Kistebox 6827.

Nagold.
Ein jüngerer
Bursche

der mit einem Pferd umzu-
gehen weiß, kann einreisen.
Bei mein?
lagt die Geschäftsstelle d. St.

Altensteig.
Suche einen jüngerer
Mann

zur Beihilfe im Geschäft bei
guter Bezahlung. Derselben
ist Selbsten geboten, die
Obstbaumzucht zu erlernen.

Walz,
Landschaftsgärtner.

Fräulein,
das schon mehrere Jahre in
größtem Bureau selbständig
 tätig war,

sucht Stellung.
Offerte unter T. K. 87.

Nagold.
Frisch ein, etroffen
ungarische
Speisewiebeln
per Pfd. 70 Pfg. solange
Vorrat.

Stechwiebeln
2 Mt. per Pfd. von
Albert Raaf
Bahnhofstraße 52.

NAGOLD.
Palmsonntag, abends halb 5 Uhr
im Festsaal des Seminars
KONZERT
(VIOLINSONATEN)

Mitwirkende:
H. Klais, Nürtingen (Violine)
Oberlehrer Schmid, Seminarlehrer
Bezner (Klavier).

Was viele nicht wissen
ist, daß man durchlöcheres Rohgeschir,
Emaille, Porzellan, Glas etc. wieder
gebrauchsfähig machen kann mit meinem
Emaille-Schoner.

Drehs per Paket 60 Pfg. Lohnend für
Wiederhersteller u. Hausvater - Preise
auf Anfrage - Zu beziehen durch
Geschwister Frey, Nagold.

Nagold.
Mostsubstanz
mit und ohne Süßstoff
zur Bereitung eines guten Saubetranks
empfiehlt
J. Henne, Küfer.

Albführer
von Wals
vorrätig bei
Buchhandlung Jaifer
Nagold.

Dr. Hölzle's
Krampfhustentropfen
sind vorzätig
in den Apotheken.
Katalender bei G. W. Jaifer. empfiehlt

Haiterbach, 10. April 1919.



Statt jeder besonderen Anzeige.
Todes-Anzeige.
Unser lieber, treubesorgter Gatte, Vater,
Schwiegevater und Großvater
Gottlieb Krauß
Stadtschultheiß a. D.
ist gestern nach längerem Leiden im Alter von bei-
nahe 67 Jahren sanft entschlafen.
In tiefer Trauer namens der trauernden Hinter-
bliebenen
die Witwe:
Sofie Krauß geb. Haug.
Beerdigung am Sonntag, den 13. April nachmittags
2 Uhr.

Einladung.
Alle Festbesoldeten Nagolds (staatlich, städtisch und
privat Angestellte) werden höflich zu einer
Besprechung
zwecks Stellungnahme zu wichtigen Organisations-
und Gemeindefragen auf Samstag, den 12. April
abends 8 Uhr in die „Traube“ eingeladen.
J. A.: Weinbrenner.
Am Sonntag, den 13. April, nachmittags 2 Uhr
findet im Dreißigen Saal in Calw eine
**Bauhandwerker-
Versammlung**
statt. Referent: Zimmerstr. R. e. h. Landesvorstand vom
Berein Würzburg. Bauhandwerksmeister.
Thema: Zusammenstoß des Kohlbaugewerbes
und dessen Wiederaufbau.
Schwellige Kollegen werden ersucht, bestimmt zu er-
scheinen.

Nagold, den 10 April 1919.



Todes-Anzeige.
Teilnehmenden Verwandten und Bekannten
mögen wir die traurige Mitteilung, daß unsere
liebe treubesorgte Mutter, Schwiegermutter und
Großmutter
Christine Deuble Witwe geb. Hölle
im Alter von 69 Jahren heute Donnerstag früh 11
Uhr wohlbeerdigt hat in dem Herrn entschlafen ist.
Um stille Teilnahme bitten
die trauernden Hinterbliebenen.
Beerdigung Sonntag, 13. April, nachm. 3 Uhr.

Gebetbücher
G. W. Jaifer, Nagold.

